

Grünen-Spitzenkandidatin lobt Wildnisgebiete

Die Partei ist bemüht, die Ausweisung der Schutzzone als gleichwertigen Ersatz für einen Nationalpark zu vermarkten. Heimische Abgeordnete sieht einen „wichtigen Schritt“.

Ingo Kalischek

Paderborn/Düsseldorf. Die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur (Grüne) wertet die Ausweisung von Wildnisgebieten im Land als Erfolg ihrer Partei. Die 5.000 Hektar großen Schutzgebiete, die in dieser Legislaturperiode entstanden seien, hätte es „ohne uns Grüne so nicht gegeben“, sagte Neubaur jetzt in Düsseldorf.

Die Wildnisgebiete seien ein „klarer Beweis“ dafür, dass die Grünen „schlagkräftig“ und „entscheidungsstark“ seien – und in der Lage, „zu liefern“, meinte Neubaur. Die 49-Jährige ist seit 2022 Stellvertreterin von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und zudem Klima- und Wirtschaftsministerin. Neubaur wurde vom Landesvorstand der Grünen erneut zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen am 25. April nominiert.

Zugleich will Neubaur das Projekt eines zweiten Nationalparks in NRW nicht vor schnell aufgeben. An ihrer „Grundeinstellung“, dass es wichtig sei, die Natur zu schützen und intakte Ökosysteme in NRW zu stärken, habe sich nichts geändert, sagte sie auf die Frage, ob ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode einen neuen Anlauf für einen



Der Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge existiert schon länger, in der Region sollen auch Wildnisgebiete entstehen. Foto: Uwe Müller

zweiten Nationalpark starten werde. Das Projekt ist Teil des schwarz-grünen Koalitionsvertrags, wurde aber bislang nicht umgesetzt, da sich Regionen wie Paderborn und Höxter gegen die Ausweisung ausgesprochen hatten. Diskussionen gibt es derzeit nur noch im Siegerland.

Die Grünen sind jetzt be-

müht, die Ausweisung der Wildnisgebiete als gleichwertigen Ersatz zu werten. Tatsächlich gelten sowohl in einem Nationalpark als auch in einem Wildnisgebiet hohe Schutzvorkehrungen. So darf sich der Wald dort ohne menschlichen Einfluss und ohne forstliche Nutzung frei entwickeln. Allerdings unter-

scheiden sich die Flächen in ihrer Größe deutlich. Pläne für einen Nationalpark in der Egge sahen eine Gebietskulisse von rund 12.000 Hektar vor. Das Wildnisgebiet, das in der Egge entstehen soll, umfasst hingegen nur 450 Hektar. Ursprünglich hatten die Grünen in der Region auf mindestens 1.000 Hektar gehofft.

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Norika Creuzmann aus Bad Lippspringe sieht in der Ausweisung der Wildnisgebiete in OWL auch einen Auftrag für die Zukunft. Mit der Entscheidung sei nicht das Ende, sondern ein „wichtiger Schritt“ erreicht. „Wir sollten genau beobachten, wie sich die Flächen entwickeln, wissen-



Mona Neubaur ist Vize-Ministerpräsidentin. Foto: dpa



Norika Creuzmann wohnt in Bad Lippspringe. Foto: Grüne

schaftliche Erkenntnisse gewinnen und dort, wo es fachlich sinnvoll ist, weitere geeignete Waldflächen für natürliche Entwicklung sichern“, so Creuzmann. Die Egge verdiene diesen langfristigen Blick. Vertreter der CDU hatten sich zuletzt erfolgreich für eine verhältnismäßig kleine Gebietskulisse in der Egge eingesetzt.

Stellungnahme aus Lichtenau

CDU begrüßt Wildnis-Kompromiss

LICHTENAU (WV). Die CDU Lichtenau begrüßt das vorliegende Ergebnis zur Ausweisung von Wildnisentwicklungsgebieten in der Egge. Rund 450 Hektar sollen ausgewiesen werden, ohne bislang bewirtschaftete Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen. Nach Angaben des Kreises wurden die ursprünglich vorgesehenen Flächen in Gesprächen mit dem Land deutlich reduziert. Die vorgesehenen Flächen werden laut CDU bereits heute nicht forstwirtschaftlich bewirtschaftet. Die Partei würdigt den Einsatz des Landtagsabgeordneten Bernhard Hoppe-Biermeyer und des Landrats Christoph Rüther.

Bewirtschaftete Wälder sollen genutzt werden

„Für uns war entscheidend, dass unsere heimische Forst- und Holzwirtschaft nicht geschwächt wird“, erklärt Peter Hagelüken, Fraktionsvorsitzender der CDU. Bewirtschaftete Waldflächen müssten weiterhin genutzt werden können. Nach Darstellung der CDU wird der Naturschutz damit auf bereits nicht bewirtschafteten Flächen gestärkt. Die bewirtschafteten Wälder blieben in Nutzung, die regionale Wertschöpfung und die Versorgung der heimischen Holzverarbeitung erhalten. Zugleich blieben die Wälder laut CDU als Erholungsraum

für Bürger zugänglich. Hans-Bernd Janzen, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Lichtenau, sieht Naturschutz und Forstwirtschaft nicht als Widerspruch. Für die CDU ist außerdem die Zusicherung der Landesregierung zum Thema Nationalpark von Bedeutung. Der Bürgerentscheid im Kreis Paderborn aus dem Jahr 2024 müsse respektiert werden. Die Landesregierung habe zugesichert, keinen Nationalpark gegen den Willen der Region einzurichten.

CDU verweist auf Zusicherung

Eine Ausweisung eines Nationalparks soll nach Angaben der CDU nur mit Zustimmung der zuständigen Kreistage in Betracht kommen. Janzen erklärte, über die Zukunft der Egge müsse gemeinsam mit der Region entschieden werden. Die CDU sieht das Ergebnis als Folge der Gespräche auf Landes- und Kreisebene. Hoppe-Biermeyer habe sich auf Landesebene für die Belange der Region eingesetzt, Rüther die Gespräche mit dem Land auf Kreisebene geführt. „Wir danken Bernhard Hoppe-Biermeyer und Christoph Rüther ausdrücklich für ihren Einsatz“, erklärt Hagelüken. Dass bewirtschaftete Waldflächen in Nutzung blieben und der Naturschutz gestärkt werde, sei für Lichtenau ein wichtiges Ergebnis.

WB Paderborn vom 09.10.2026

WESTFALEN-BLATT Nr. 234

VP18

Salzkotten
Büren
Lichtenau
Bad
Wünnenberg



WB Höxter vom 10.10.2026

Geheime Gespräche: Kreistagsmitglieder bemängeln fehlende Informationen über Kontakte mit der Landesregierung

Wildnisgebiete Egge: Düsseldorf muss noch 99 Hektar verplanen

Von Daniel Lüns

WARBURG/HÖXTER (WB). Ein klares Düsseldorfer Bekenntnis zur westfälischen Lokalpolitik konnte Höxters Landrat Michael Stickeln am Donnerstagabend, 8. Oktober, im Kreistag verkünden: Ohne die Zustimmung der Kreistage werde auch künftig kein Nationalpark Egge eingerichtet.

Diese Neuigkeit hatte Stickeln nach eigenen Angaben selbst erst am Donnerstag erfahren. Per Brief aus der Landeshauptstadt, unterzeichnet von NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) und NRW-Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU).

Das Schreiben aus Düsseldorf war auch an die Landräte Christoph Rürher (Paderborn) und Meinolf Haase (Lippe) verschickt worden. Höxters Landrat verkündete die Nachricht noch am selben Nachmittag im Pädagogischen Zentrum (PZ) in Warburg, wo Höxters Kreistag zusammenkam.

Gebietskulisse wurde viel kleiner

Auch erklärte Michael Stickeln noch einmal die Gebietskulisse, welche zur Ausweisung von Wildnisentwicklungsgebieten in der Egge eingeplant ist. Wie berichtet, sollen 450 Hektar an staatlichen Waldflächen in den Kreisen Höxter, Paderborn und Lippe zu solchen Zonen ausgewiesen werden.

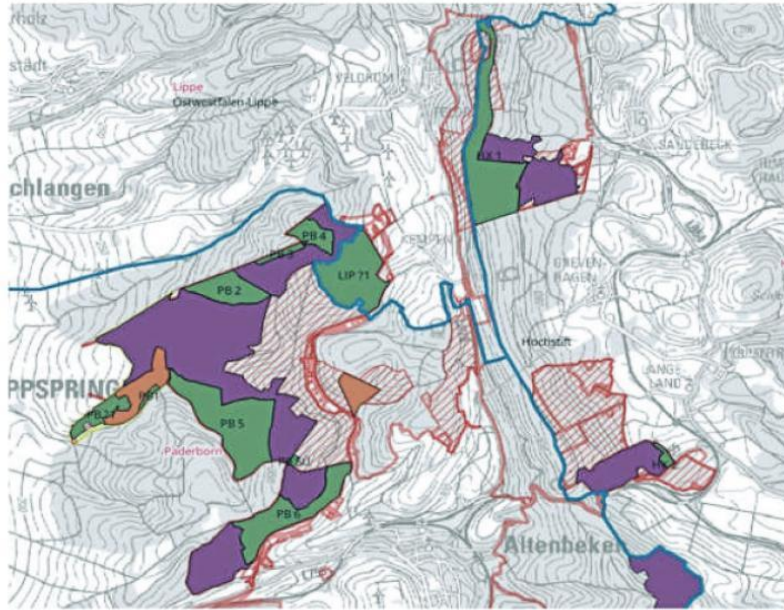
Bei 99 dieser 450 Hektar stehen die genauen Grenzen aber noch nicht fest. Sie sollen noch durch das NRW-Landesamt für Natur, Umwelt und Klima (LANUK) festgelegt werden. Diese Flächen liegen in den Kreisen Paderborn und Lippe. Im Kreis Höxter gibt es demnach keine offenen Bereiche mehr.

„Es ist ein Kompromiss, mit dem man leben kann“, verdeutlichte Michael Stickeln.



In der Egge gibt es bereits viele traumhafte Naturflächen. Die neuen Wildnisentwicklungsgebieten in der Egge sollen in Bereichen entstehen, die bereits aus der Nutzung genommen sind.

Foto: Jürgen Vahle



Lila markiert sind Flächen, die bereits Wildnisentwicklungsgebiete sind. Grün markiert ist die Kompromisslösung: Die Bereiche, in denen Wildnisentwicklungsgebiete (WEG) entstehen sollen. Ursprünglich geplante WEG sind schraffiert. Orange markiert sind Naturwaldzellen. Die blaue Linie stellt die Kreisgrenzen dar.

Foto: Kres Höxter

Denn anfangs habe die Landesregierung in größeren Dimensionen gedacht: Im Kreis Höxter hätten 360 Hektar Fläche ausgewiesen werden sollen, weitere 60 Hektar im Kreis Lippe und 730 Hektar im Kreis Paderborn – insgesamt also 1150 Hektar. Nun werden es 61 Prozent weniger.

Präsentation offenbart geheime Treffen

Bis zu diesem Ergebnis waren die Kreise Höxter und Paderborn aber einen langen Weg gegangen. Und einen ge-

heimen obendrein: Denn seit dem Frühjahr 2025 hat es zum Thema mehrere Treffen, Telefonate und Videokonferenzen zwischen Vertretern der beiden Behörden und der Landesregierung gegeben.

Das verdeutlichte Michael Stickeln den Kreistagsmitgliedern erstmals. Anhand einer Präsentation erklärte er die Treffen. Demnach seien diese Austausche mit Düsseldorf sehr positiv verlaufen.

Auch sei der Umgang miteinander sehr fair gewesen, führte Stickeln weiter aus. „Man hat sich auf unsere fachlichen Argumente eingelassen“, ergänzte er.

Mehrere Politiker erklärten anschließend, dass sie die Art und Weise, wie der vorgestellte Kompromiss zustande gekommen war, nicht gut fanden. „Zumindest die Kreistage sollten in so eine Entscheidungsfindung mit eingebunden werden“, sagte etwa Wilhelm Skroch (CDU).

FDP wollte die Entwicklung stoppen

Anngret Rehrmann (Grüne) sagte, dass diese Vertraulichkeit bei ihr „ein komisches Gefühl“ hinterlasse. Immerhin habe der Landrat aber die getanen Schritte vor-



Der Kreistag des Kreises Höxter tagte am Donnerstag, 8. Oktober, im Pädagogischen Zentrum (PZ) in Warburg.

Foto: Daniel Lüns

getragen. Den Einsatz der Kreisverwaltung zugunsten einer Kompromisslösung erkannte zudem Gerhard Antoni (Grüne) an. Doch auch er fand: Das hätte man dem Kreistag mitteilen sollen.

Stickeln bezog dazu Stellung: Die Treffen mit den Vertretern der Landesregierung seien streng vertraulich gewesen, keine Fraktion habe davon gewusst. „Wir haben dort auf fachlicher Ebene Vorschläge für Wildnisgebiete gemacht“, sagte der Landrat weiter. Auch habe man dort nicht verhandelt. „Wir hatten auch gar kein Mandat dafür.“

Auf die Tagesordnung war das Thema durch einen Antrag der FDP-Kreistagsfrak-

tion gekommen. Fraktionschef Markus Bömelburg hatte beantragt, parteiübergreifend bei den Entscheidungsträgern im NRW-Umweltministerium zu fordern, die Pläne für die Ausweisung von Wildnisentwicklungsgebieten zu stoppen.

Daraufhin hatte Stickeln den genannten Weg der Kreisverwaltungen skizziert. „Es liegt ein Kompromiss auf dem Tisch, der eure Resolution überholt hat“, bilanzierte anschließend Frank Oppermann (SPD). Daraufhin zog Bömelburg den Antrag zurück. Er soll nun umgeschrieben und in der nächsten Sitzung des Kreistages neu eingebracht werden.

Kommentar

Kompromiss mit Beigeschmack

Von Marius Thöne



gefallen lassen, gegen Naturschutz zu sein. Gerade weil die Egge ein wertvoller Naturraum ist, verdient sie eine Politik, die Schutz, Nutzung und regionale Interessen ehrlich austariert – statt Fakten zu schaffen und anschließend um Verständnis zu werben.

Die 450 Hektar sind ein Kompromiss. Die beteiligten Landräte und Kreise haben nach allem, was bekannt ist, eine deutlich größere Flächenkulisse verhindert.

Auch dass vor allem landeseigene, schwer oder gar nicht bewirtschaftete Bereiche betroffen sein sollen, begrenzt die unmittelbaren Folgen. Das ist anzuerkennen. Kompromisse gehören zur Politik. Wer immer nur auf maximalen Forderungen beharrt, bekommt am Ende oft nichts durchgesetzt. Aber: Ein Kompromiss ist kein Freifahrtschein. Er darf nicht zum Etikett werden, das mangelnde Beteiligung überdeckt. Die Bürgermeis-

ter von Altenbeken und Lichtenau zum Beispiel berichten, sie seien nicht einbezogen, sondern erst spät informiert worden. Das Gleiche gilt für Medien und Öffentlichkeit. Auch die Kreistagsmitglieder äußerten bei ihrer Oktoberwochen-Sitzung in Warburg Kritik und hätten sich gewünscht, stärker einbezogen worden zu sein.

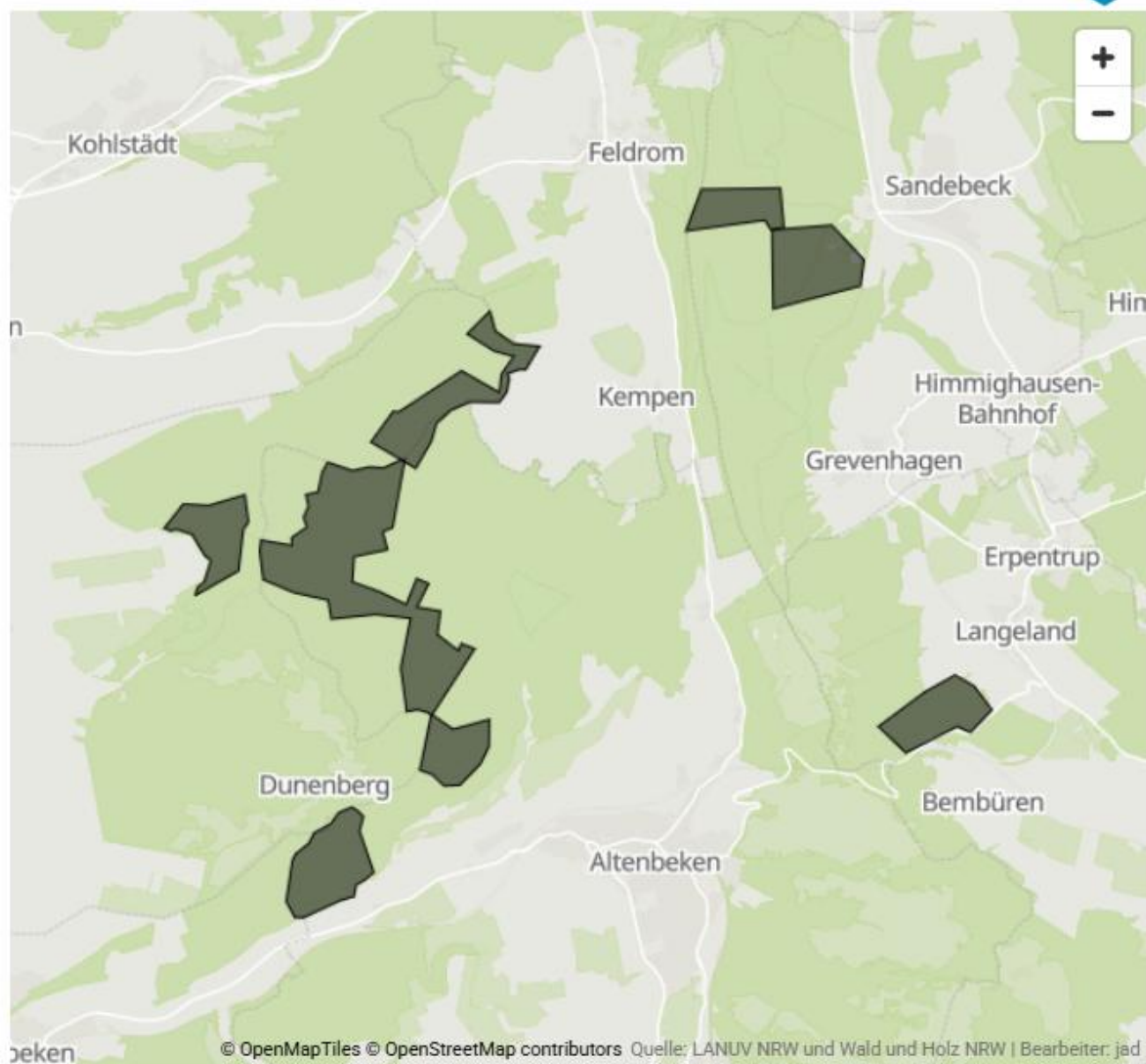
Altenbakens Bürgermeister Matthias Möllers beschreibt den Kern des Problems treff-

fend: Das Ergebnis mag unter den Umständen vertretbar sein – der Weg dorthin hinterlässt einen faden Beigeschmack. Nach dem Nationalpark-Votum hätte das Land besonders sorgfältig erklären, zuhören und beteiligen müssen. Stattdessen wächst der Eindruck, dass Widerstand nicht ausgeräumt, sondern umgangen werden sollte.

Darum sollte nun gelten: Die jetzt vereinbarte verkleinerte Kulisse wird als Grenze akzeptiert – aber auch als Grenze respektiert. Keine weitere Ausweisung ohne neue Beratung, ohne Zustimmung der betroffenen Kommunen und ohne frühzeitige Bürgerbeteiligung. Naturschutz braucht Akzeptanz. Wer sie verspielt, macht aus einem möglichen Kompromiss einen Dauerkonflikt.

Die neuen Wildnisentwicklungsgebiete in der Egge sind kein Nationalpark. Das stimmt. Aber es ist zu bequem, die nachvollziehbare Skepsis vieler Menschen deshalb einfach beiseitezuschieben. Denn die Frage lautet nicht nur, wie 450 Hektar rechtlich bezeichnet werden. Sie lautet auch: Wie ernst nimmt das Land den klar artikulierten Willen der Region? Beim Bürgerentscheid des Jahres 2024 hat sich eine deutliche Mehrheit gegen einen Nationalpark ausgesprochen. Nun werden weitere Flächen aus der Nutzung genommen, bestehende Wildnisbereiche verbunden und die Debatte über künftige Erweiterungen gleich mitgeliefert. Wer darin zumindest eine schrittweise Entwicklung erkennt, muss sich nicht den Vorwurf

Der Wildniswald "Egge"



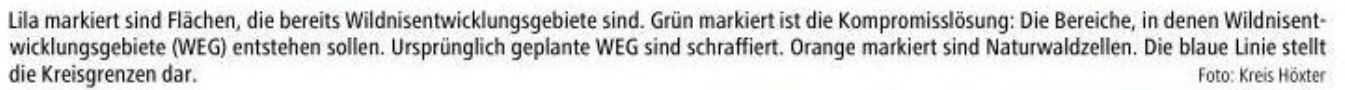


Foto: Kreis Höxter

Bizarrer Streit um ein paar Hektar Wildnis

Die FDP möchte verhindern, dass weitere Waldgebiete aus der Nutzung genommen werden.
Der Landrat gibt Details zu den beschlossenen Schutzgebieten bekannt.

Ralf T. Mischer

Kreis Höxter. Die FDP-Fraktion im Kreistag hält daran fest: Sie möchte, dass der Kreistag eine gemeinsame Resolution gegen weitere Wildnisgebiete im Kreis Höxter verabschiedet. Fraktionschef Markus Bömelburg hatte während der Kreistagssitzung im Pädagogischen Zentrum in Warburg am Donnerstag zwar eingeräumt, dass die Willenserklärung in ihrer jetzigen Fassung ungeeignet ist – die Wildnisgebiete sind ja schon beschlossen –, eine neue Fassung legte er aber nicht vor. Landrat Michael Stickeln wartete dafür mit neuen Details zu den Schutzflächen auf.

Wie berichtet, hat die NRW-Landesregierung Ende September mitgeteilt, dass in der Egge in den Kreisen Höxter und Paderborn ein rund 450 Hektar großes Wildnisgebiet entstehen wird. Es handelt sich dabei um eine Fläche, auf der sich Wald ohne menschlichen Einfluss und ohne forstliche Nutzung frei entwickeln darf.

„Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt und der Grundlagen des Lebens“

Bömelburg stößt genau das auch bei der jetzigen Entscheidung wieder bitter auf: „Unser Antrag steht grundsätzlich dafür, Flächenstilllegungen jetzt und in Zukunft zu verhindern“, sagt er. Die Ausweisung der Flächen als Wildnisgebiete sieht er als „traurigen Tiefschlag gegen die Demokratie“.

Er befürchtet: „Die Grünen werden so lange in Düsseldorf weitermachen, bis die Egge ein Nationalpark ist.“ Deshalb hält er es für sinnvoll, dass der Kreistag in einer Resolution deutlich sagt: „Nein zu Nationalpark, nein zu Wildnisgebieten.“ Er räumte aber auch ein, dass die FDP die Resolution geschrieben hat, als noch nicht bekannt war, dass das Land 450 Hektar ausweist und zugleich garantiert, dass kein Nationalpark ohne Zustimmung der Kreistage geschaffen wird.

Bömelburg kritisierte Matthias Goeken (CDU), der ebenfalls anwesend war. Der Landtagsabgeordnete habe die 450 Hektar als gutes Ergebnis ver-



Markus Bömelburg (FDP) erläutert, warum er an seiner Forderung nach einer Resolution festhält. Martina Denkner von den Grünen (neben ihm) wirbt unterdessen für mehr Pragmatismus, während Gerhard Antoni (links) die scharfe Rhetorik in der Sache verurteilt.

Foto: Ralf T. Mischer

kauft und damit nicht verstanden, dass in den Kreisen Höxter und Paderborn „etwas anderes gewollt war“. Damit spielt er auf die Bürgerentscheide an, bei denen die Mehrheit gegen die Einführung eines Nationalparks gestimmt hat.

Goeken betonte, dass es „selbstverständlich auch Wildnisgebiete“ brauche. Ihm hätte eine Fläche wie der Hammerhof in Scherfede vorschwebt, der seit Jahren der Natur überlassen bleibe. Er stellte klar: „Wir stehen für den Wirtschaftswald und dafür, dass unsere Betriebe Holz verkaufen können.“ Wichtig sei ihm gewesen, dass mit dem aktuellen Kompromiss keine zusätzlichen Wälder aus der Nutzung genommen würden.

Für die Grünen betonte Gerhard Antoni, dass das Nationalpark-Nein aus Höxter in Düsseldorf sehr wohl akzeptiert werde – aber die Rhetorik von einem „Nationalpark durch die Hintertür“ finde er „nicht okay. Diese Sprache macht etwas.“ SPD-Fraktionschef Frank Oppermann hält eine Resolution, die künftige



Ein mit Moos bedeckter Baumstamm. In ganz Nordrhein-Westfalen sollen weitere Wildnis-Wäldern ausgewiesen werden, um die die biologische Vielfalt stärken.

neue Wildnisgebiete kategorisch ausschließt, für falsch.

Sein Argument: Regierungen treffen Entscheidungen während der Zeit, in der sie Verantwortung tragen. Künftige Regierungen trafen neue Entscheidungen. Die Wildnisgebiete sieht er als „Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt und der Grundlagen des Lebens“. Er forderte Bömelburg dazu auf, die Resolution zurückzuziehen.

Martina Denkner von den Grünen ging pragmatisch an die Sache heran: Die Kreistagsmitglieder sollten sich die kommenden Wildnisgebiete in Ruhe anschauen, dann könne entschieden werden, „ob wir weitere haben wollen oder nicht.“ Bömelburg zog am Ende tatsächlich zurück – kündigte aber an, in einer kommenden Sitzung eine neue Resolution vorzulegen, dann allerdings mit einer überarbei-

teten Formulierung.

Zwischenzeitlich hatte Landrat Michael Stickeln (CDU) noch dargelegt, wann und wie die Kreisverwaltung in die Entscheidungen eingebunden war und welchen Einfluss sie nehmen konnte. Quintessenz: Beim Kompromiss, den er begrüße, habe sich das Land zu einhundert Prozent auf die fachlichen Argumente der Kreisverwaltung eingelassen. Als Landrat habe er gegenüber Düsseldorf zudem deutlich gemacht, dass er keine grundsätzliche Einverständniserklärung für das Projekt abgeben könne.

Dann wurde es sehr konkret: 105 Hektar von den insgesamt 450 Hektar befinden sich offenbar auf dem Gebiet des Kreises Höxter. Zum Vergleich: Der gesamte Kreis Höxter ist laut dem Kommunalprofil 120.142 Hektar groß. Vor dem Kompromiss waren demnach deutlich größere Flächen im Gespräch: allein in Wäldern des Kreises Höxter 360 Hektar, weitere 730 Hektar auf dem Gebiet des Kreises Paderborn und 60 Hektar im Kreis Lippe.



In der Egge im Kreis Paderborn weist das Land NRW 450 Hektar Fläche als Wildnisgebiet aus.

Foto: Kurt Blaschke (Archiv)

Wildnis-Deal in der Egge bewegt die Region

Die Ausweisung neuer Naturschutzflächen und wie es dazu kam, ist Thema bei Politik und Aktivisten. Kontrahenten nähern sich an, erheben aber auch Forderungen.

Jens Reddeker

Kreis Paderborn. Die Entscheidung der Landesregierung, 450 Hektar neue Wildnisgebiete in der Egge – überwiegend im Kreis Paderborn – auszuweisen, sorgt weiter für Gesprächsstoff in der Region. Zwei Äußerungen zum Thema lassen nun – besonders zwischen den Zeilen – durchblicken, wie Befürworter und Kritiker die Situation bewerten.

Auch wenn die Einigung der schwarz-grünen Landesregierung als gütlicher Kompromiss zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz verkauft wird, vergessen die Beteiligten vor Ort nicht, ihre Standpunkte deutlich zu machen.

Von der Bezirkskonferenz Natur OWL wird die Erweiterung der Wildnisgebiete in einem Statement ihres Sprechers Karsten Otte begrüßt. Der Zusammenschluss der OWL-Naturschützer erkennt „eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Situation“ an. Vor allem, „da bislang vereinzelt liegende Teilflächen innerhalb des Waldes

nun als durchgehende Flächen aus der forstlichen Nutzung genommen werden“. Otte erläutert im Statement: „Hier werden in Zukunft die Bäume ihr natürliches Alter erreichen können und natürliche Prozesse hoffentlich ungestört ablaufen können.“ Naturwälder dienen laut den Naturschützern neben dem Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten auch der Forschung, der Umweltbildung und seien auch für Naherholung und Naturgenuss zugänglich.

Doch Otte will die 450 Hektar nicht als Schlussstrich einer Schutzdebatte für die Egge verstanden wissen. Er sagt: „Dies kann nur ein erster Schritt sein, um für eine zukunftsfähige ökologische Infrastruktur vorzusorgen.“ Er fordert „wenigstens eine zweite Tranche an Wildnisgebieten in NRW“, denn das auch vom Land akzeptierte Ziel aus der nationalen Biodiversitätsstrategie, zwei Prozent der Landesfläche aus der Nutzung zu nehmen, sei „noch längst nicht umgesetzt“. In NRW sei da-

von „nur ein Zehntel realisiert“.

„Hier scheint NRW die Chance verpasst zu haben, seinen Verpflichtungen wenigstens etwas näher zu kommen“, wird Fritz Buhr von Pro Grün Paderborn in der Mitteilung zitiert. Rund 1.000 zusammenhängende Hektar halten die Naturschützer für notwendig, „um einen ungestörten Lebensraum auch für störungsempfindliche und spezialisierte Populationen zu schaffen und allen Waldentwicklungsphasen auf gleicher Fläche Raum zu geben“.

CDU reklamiert Verhandlungserfolg in Düsseldorf für sich

Mit der nun vereinbarten Größe von 450 Hektar ist die CDU in Lichtenau hingegen ausdrücklich sehr zufrieden. Sie betont in einer Stellungnahme, „dass keine bislang bewirtschafteten Waldflächen aus der Nutzung genommen werden“. In der Erklärung, die Stadtverbandschef Hans-

Bernd Janzen verschickt hat, heißt es: „Naturschutz wird gestärkt, ohne der heimischen Forst- und Holzwirtschaft bewirtschaftete Flächen zu entziehen.“

Ausdrücklich gewürdigt wird durch den Stadtverband der Einsatz des Landtagsabgeordneten Bernhard Hoppe-Biermeyer sowie von Landrat Christoph Rüther (beide CDU). Sie hätten in den Gesprächen mit der Landesregierung „eine deutliche Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Flächen erreicht“. Nach NW-Informationen reklamiert die CDU in der Region tatsächlich das Resultat der Gespräche als Verhandlungserfolg für sich. Auch die offiziell formulierte Zusage der Landesregierung, einen Egge-Nationalpark nicht ohne Bürgervotum zu etablieren, wird als bedeutendes Statement bewertet. Die in der Düsseldorfer Koalition vertretenen Grünen müssen derweil mit einem Resultat leben, das von ihren Zielen offenbar deutlich entfernt ist.

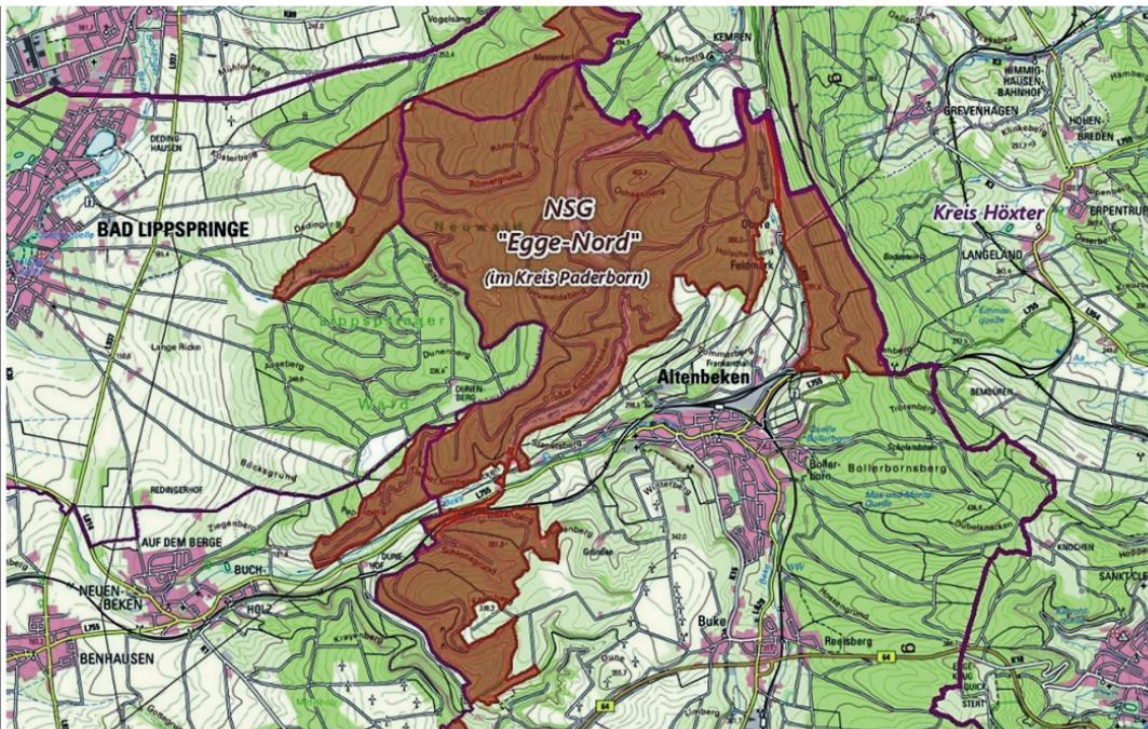
„Für uns war entscheidend,

dass unsere heimische Forst- und Holzwirtschaft nicht geschwächt wird.

Bewirtschaftete Waldflächen müssen auch weiterhin bewirtschaftet werden können“, erklärt Peter Hagelüken, Fraktionsvorsitzender der CDU im Lichtenauer Stadtrat. Die regionale Wertschöpfung und die Versorgung der heimischen Holzverarbeitung mit Holz aus der Region blieben somit erhalten, argumentiert die CDU.

Gleichzeitig blieben die Wälder „als Erholungsraum für die Bürger“ zugänglich. „Naturschutz und eine leistungsfähige heimische Forstwirtschaft sind kein Widerspruch. Wir brauchen beides“, sagt Stadtverbandschef Janzen.

Über derartige Bekenntnisse zum Naturschutz freut sich Natur-OWL-Vorsitzender Otte: „Solche positiven Kommentare lassen auf ein neues Verständnis, ein besseres Gesprächsklima und – wenn möglich – auf einen konstruktiven und sachlichen Dialog hoffen.“



Der Plan zeigt das mögliche neue Wildnisgebiet in der Egge.

Foto: Kreis Paderborn

Wildnisentwicklungsgebiete in der Egge: Das sagen die Bürgermeister aus Altenbeken, Lichtenau und Bad Lippspringe

Kommunen vermissen Transparenz und wünschen sich Planungssicherheit

Von Sonja Möller
und Hanne Hagelgans

ALTENBEKEN/LICHTENAU/BAD LIPPSPRINGE (WB). 450 Hektar staatliche Waldfläche werden in der Egge als Wildnisentwicklungsgebiete ausgewiesen. Davon betroffen sind Gebiete in den Kreisen Paderborn, Höxter und Lippe. Die Bürgermeister der davon betroffenen Kommunen im Kreis Paderborn haben sich auf Anfrage dieser Zeitung geäußert. Von den Plänen betroffen sind Altenbeken, Lichtenau und Bad Lippspringe.

Matthias Möllers (Altenbeken)

Altenbekens Bürgermeister Matthias Möllers ordnet die Ausweisung von weiteren Wildnisgebieten in der Egge-Nord als „Trostpreis für die erfolgreiche Nationalpark-Initiative“ ein und betont: „Mit den Gemeinden, in denen sich die Kulisse befindet, hat man gar nicht erst gesprochen. Nach dem deutlichen Ergebnis des Bürgerentscheids zum Nationalpark wusste man schließlich, wie die Stimmung der Menschen vor Ort ist und so wollte man sich wohl mögliche Widerstände aus der Bürgerschaft ersparen.“

Die Beteiligung des Kreises Paderborn an dem Prozess hebt er positiv hervor: „So konnte unser Landrat Christoph Rütter eine zunächst deutlich größere Kulisse verhindern, die sicherlich stärkere Auswirkungen auf die regionale Holzwirtschaft gehabt hätte. Daher gilt mein Dank dem Landrat, dem es gelungen ist, die Fläche der neuen Wildnisgebiete stärker zu beschränken. Der Kreis geht davon aus, dass die neuen Flächen schon jetzt praktisch nicht mehr bewirtschaftet werden beziehungsweise schwer zu bewirtschaften sind.“

Insofern hätten die Wildnisgebiete für sich betrachtet auch keine großen Nachteile



Matthias Möllers, Bürgermeister in Altenbeken.
Foto: Oliver Schwabe

für die Bürger und seien inhaltlich vertretbar, sagt Möllers: „Bezüglich der Art und Weise, wie das Land in Kenntnis des Bürgerentscheids zum Nationalpark den Prozess gestaltet hat, bleibt aber ein sehr fader Beigeschmack. Die mangelnde Beteiligung und praktisch nicht vorhandene Informationspolitik ließen zu Recht in der Bevölkerung das Gefühl aufkommen, man bekomme nun den Nationalpark durch die Hintertür kalt serviert.“

Die zwischen Land und Kreisen abgestimmte Kulisse sei den Bürgermeistern aus dem Kreis Paderborn am 23. September präsentiert worden. Möllers: „Wir wurden informiert, dass Wildnisgebiete weiter zugänglich seien und Wege erhalten bleiben. Ich habe mir vorbehalten zu prüfen, ob eventuell unser zertifizierter Viaduktwanderweg in der Kulisse liegt und es vielleicht doch irgendwelche Nachteile dafür geben könnten. Denn für diesen gelten höhere Standards in der Unterhaltung.“ Das ist nicht der Fall. Der Viaduktwanderweg verläuft nicht durch die Wildnisgebiete.

Ute Dülfer (Lichtenau)

Die Kommunen seien nicht in den Prozess eingebunden und auch nicht informiert worden, betont auch Lichtenaus Bürgermeisterin Ute Dülfer. Sie hätte sich ge-

wünscht, dass die Kommunen und die Bürger besser und transparenter mitgenommen worden wären, kritisiert sie.

Ein Lob zollt auch Ute Dülfer Landrat Christoph Rütter, der sich mit seinem Team intensiv um das Thema gekümmert habe. So sei es auch dem Kreis zu verdanken, dass sich die Gebietskulisse letztlich verändert und deutlich verkleinert habe. Nun seien lediglich Flächen betroffen, die im Besitz des Landes und auch bisher nicht bewirtschaftet worden seien. Dadurch ergäben sich für die Bürger also keine Veränderungen oder Nachteile. „Das sollte für die Bevölkerung tragbar sein“, so die Einschätzung der Bürgermeisterin.

Es sei zudem zugesagt worden, dass bestehende Wege erhalten bleiben sollten. Allerdings gebe es ihres Wissens in den betroffenen Gebieten ohnehin kaum Wanderwege. Auch solle es Bürgern weiterhin möglich sein, die Wildnisgebiete zu betreten – wenn auch künftig auf eigene Gefahr.

Wünschen würde sich Ute



Ute Dülfer, Bürgermeisterin von Lichtenau.

Dülfer, dass die Anrainerkommunen der Egge jetzt eine feste Zusage seitens des Landes bekommen, dass die Planungen damit abgeschlossen seien und nicht in einigen Jahren weitere Begehrlichkeiten geäußert werden.

Ulrich Lange (Bad Lippspringe)

Die Stadt Bad Lippspringe stehe seit einiger Zeit mit den Landesministerien für Umwelt und Landwirtschaft in konstruktivem Austausch über die mögliche Ausweisung von Wildnisentwicklungsgebieten und die damit

verbunden Konsequenzen, teilt Bürgermeister Ulrich Lange auf Anfrage mit: „Vor diesem Hintergrund können wir den nun von Landrat und Kreisverwaltung vorgelegten Vorschlag aus mehreren Gründen mittragen.“ Entscheidend sei, dass es sich bei den Flächen um eine Arrondierung bereits bestehender Wildnisbereiche handle und die ursprünglich vom Land vorgesehene Gebietskulisse deutlich reduziert werden konnte. Auch bei den Übergängen der Flächen bestehe weiter die Möglichkeit, im Verfahren konkrete Anpassungen vorzunehmen.

Hinzu komme, dass die vorgesehenen Flächen bereits heute nicht mehr forstwirtschaftlich bewirtschaftet würden. Lange: „Nach den uns vorliegenden Informationen des zuständigen Forstamtes ist auch künftig aus unterschiedlichen Gründen keine reguläre Bewirtschaftung dieser Flächen vorgesehen. Es geht damit nicht darum, bewirtschaftete Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen, sondern um die rechtliche Absicherung einer



Ulrich Lange, Bürgermeister in Bad Lippspringe.
Foto: Stadt Bad Lippspringe

Entwicklung, die auf diesen Flächen bereits heute stattfindet.“

Genauso wichtig ist aus Sicht Langes die Frage, wie mit einer möglichen Ausweisung der Wildnisflächen in Zukunft umgegangen wird: „Eine Ausweisung über die jetzt vereinbarte Gebietskulisse hinaus soll künftig nicht ohne eine erneute politische Befassung und Zustimmung möglich sein“, betont Lange.

Die häufig geäußerte Befürchtung eines „Nationalparks durch die Hintertür“ teile er vor diesem Hintergrund sachlich nicht: „Wildnisentwicklungsgebiete und ein Nationalpark sind unterschiedliche Schutzinstrumente. Entscheidend ist für uns aber vor allem, dass der klare Wille der Bürgerinnen und Bürger aus dem Bürgerentscheid von 2024 respektiert wird.“ Das nun erreichte Verhandlungsergebnis trage diesem Votum in vollem Umfang Rechnung.

Ulrich Lange plädiert dafür, jetzt den Blick nach vorne zu richten: „Wenn diese arrondierte Gebietskulisse im weiteren Verfahren bestätigt wird, gilt es, die Flächen sinnvoll in die Umwelt- und Naturbildung vor Ort einzubinden. Gerade für Bad Lippspringe bietet sich damit die Chance, Naturentwicklung nicht nur zu schützen, sondern sie auch touristisch erlebbar und verständlich zu machen.“



Der als Qualitätsweg Wanderbares Deutschland ausgezeichnete Viaduktwanderweg fällt nicht in die Flächenkulisse der Wildnisentwicklungsgebiete.
Foto: Oliver Schwabe



Eggewald bei Altenbeken: In Bereichen bei Langeland, im Bereich Egge Nord und des Egge Höhenprogramms weitet das Land NRW die Wildnisentwicklungsgebiete aus.
Foto: Ralf T. Mischer

Wildnis-Pläne spalten den Kreis Höxter

NRW weist 450 Hektar Wildnisgebiete in der Egge aus. Dagegen fordert die FDP eine Resolution, Landrat Michael Stickeln sieht einen „tragfähigen Kompromiss“

Ralf T. Mischer

Kreis Höxter. NRW weist rund 450 Hektar Wildnis in der Egge aus. Die FDP im Kreistag Höxter fordert eine Resolution dagegen – Landrat Stickeln sieht dennoch einen „tragfähigen Kompromiss“. Doch was bedeutet das für die Egge, wie argumentiert die FDP – und was sagt eigentlich der Naturschutz dazu?

Die Fläche entspricht ungefähr 630 Fußballfeldern. Die ausgewiesenen Flächen sind gesetzlich geschützt, Wald darf sich auf ihnen ohne menschlichen Einfluss und ohne forstliche Nutzung frei entwickeln. Die FDP hält vom Tabu für die Forstwirtschaft so gar nichts. Fraktionssprecher Markus Bömelburg schlägt vor, dass alle Parteien eine Resolution gegen die Wildnisgebiete verabschieden. „Kreistagsbeschlüsse und Bürgerentscheide haben 2023 und 2024 klare Ergebnisse gebracht, ein weiterer Nationalpark war und ist mehrheitlich nicht gewollt“, schreibt Bömelburg in dem Antrag, über den der Kreistag während seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, 8. Oktober, sprechen wird. Sie findet ausnahmsweise in Warburg statt.

Ob der Landrat den Vorstoß der Liberalen unterstützen wird, ist fraglich. Denn die FDP hat den Antrag aufgeschrieben, bevor NRW-Umweltminister Oliver Krischer (Grüne) die Bedingungen für die neuen Flächen bekannt gegeben hat.

Denn der macht in seiner Mitteilung über die Ausweisung der zusätzlichen Wildnisgebiete eine zentrale Aussage: „Die Landesregierung hat der Region zugesichert, dass eine Ausweisung eines Nationalparks zukünftig nur dann in Betracht kommt, wenn die Kreistage dem zustimmen.“ Das bedeutet: Das Land respektiert die Entscheidung des Kreistages. Zugleich macht Krischer aber auch deutlich, dass ein Wildnisgebiet eben kein Nationalpark ist.

„Wildniswälder sind unverzichtbare Rückzugsräume für bedrohte Arten und eröffnen den Menschen beeindruckende Naturerlebnisse“, betont er. Rechtlich haben Wildnisgebiete einen anderen Status als Na-

Meinung

Naturschutz im Kreis Höxter

Kompromiss gegen Verschwörungstheorien

Ralf T. Mischer



Ralf T. Mischer

Die Fakten liegen alle auf dem Tisch und sie wurden schon oft genannt: Ja, Deutschland, damit auch NRW und damit auch der Kreis Höxter, haben sich verpflichtet, mehr Wildnisgebiete zu schaffen. Dass es an Stellen, an denen es schon Natur gibt, deutlich mehr Sinn macht, solche Flächen zu schaffen, liegt auf der Hand. Der Kreis Höxter nennt sich zwar Kulturland, aber verfügt doch über große Naturschätze.

Dabei entsteht der Großteil der neu geplanten Wildnisgebiete gar nicht auf dem Terrain des Kreises Höxter. Das ändert nichts daran, dass der Widerstand gegen mehr Natur aus der Region zwischen Egge und Weser ungebrochen bleibt. Es wird so getan, als ignoriere die Politik das Votum. Es ist gut, dass das Ministerium noch ein-

mal ausdrücklich erklärt, dass ein „Nationalpark durch die Hintertür“ nicht kommen werde.

Diese Verschwörungstheorie ist, wie es scheint, dennoch nicht klein zu kriegen. Da kann noch so oft wiederholt werden, dass ein Wildnisgebiet etwas anderes als ein Nationalpark ist. (Ein Nationalpark ist IUCN-Kategorie II: „Ein großflächiges Gebiet zum Schutz ganzer Ökosysteme“; ein Wildnisgebiet ist IUCN-Ka-

tegorie Ib oder Ia: „Ein Gebiet mit dem allerhöchsten Schutzstatus“). Argumente scheinen bei einigen Zeitgenossen überhaupt keine Rolle zu spielen.

Vor diesem Hintergrund sollte Landrat Michael Stickeln mäßigend auf die lautesten Kritiker einwirken. Er hat die Pläne der Landesregierung als tragfähigen Kompromiss bewertet – ein wichtiges Signal an jene, die in der Egge gegen vermeintliche Riesen kämpfen, wie Don Quijote gegen Windmühlen.

Die Pointe: Die Realität ist zynischer. Denn die Kritiker haben die vermeintlichen Riesen erlegt – und deshalb wachsen in der Egge an vielen Orten jetzt Windmühlen aus dem Boden. Aber das ist wieder ein anderes Thema.

ralf.mischer@nw.de

zeitig sicherstellt, dass der überwiegende Teil der Egge weiterhin nachhaltig bewirtschaftet werden kann“, sagt Stickeln. Ob er damit seine Zustimmung zu den Wildnisgebieten gibt, wird sich wohl erst während der Sitzung des Kreistages zeigen.

Formal bleibt ihm aber wohl wenig Handlungsspielraum, selbst wenn er sich gegen den erweiterten Naturschutz in der Egge aussprechen sollte: Seine Partei stellt gemeinsam mit den Grünen die Landesregierung. Und zwischen Grün und Schwarz besteht offenkundig Einigkeit darüber, dass die Flächen so ausgewiesen werden sollen. Am Ende handelt es sich um einen innerdienstlichen Organisationsakt, bei dem das zuständige Ministerium entscheidet, was mit seinen eigenen Wäldern passiert.

Welche Flächen es genau sind, steht – anders als die Flächengröße – noch nicht fest. „Die genaue Abgrenzung der Flächen steht noch aus. Sie wird gemeinsam vom Landesamt für Natur, Umwelt und Klima und von Wald und Holz NRW erarbeitet. Die endgültige Ausweisung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt über das Ministerialblatt“, sagt Stefanie Kaufmann, Sprecherin des Umweltministeriums auf Nachfrage.

tionalparks und können mit diesen keineswegs gleichgesetzt werden. Der Naturschutz – logisch – stellt eher den Bedarf nach weiteren Schutzflächen heraus.

Und zwar den dringenden. Rudolf Ostermann, Vorsitzender des Kreisverbandes des Naturschutzbunds Deutschland, bedauert, dass nur noch ein „sehr kleiner Teil“ der ursprünglich geplanten Flächen der Wildnis überlassen werde. „450 Hektar sind ein Minimum“, sagt der Naturschützer. Er stellt heraus, dass Deutschland sich verpflichtet hat, zwei Prozent der Gesamtfläche als Wildnisgebiete auszuweisen. Aktuell liegt der Anteil nur bei 0,62 Prozent.

Und damit deutlich zu wenig. Dabei zähle für die Natur „absolut jede Fläche“ auf der sich Pflanzen und Tiere frei und unbehelligt vom Menschen entwickeln können. So ganz trifft das auch auf die neuen Wildnisgebiete nicht zu. Für Menschen sind die Gebiete weiterhin zugänglich. Auch die

Jagd bleibt erlaubt. Untersagt ist hingegen die forstwirtschaftliche Nutzung.

Auch Landrat Michael Stickeln hatte wiederholt die Stilllegung kritisiert. Er halte es nicht für sinnvoll, Flächen aus der Bewirtschaftung zu nehmen, hatte der CDU-Mann immer wieder betont. Die Debatte um Flächenstilllegung gipfelte in den Augen Stickelns in dem „für unseren Kreis sehr kostenintensiven Bürgerentscheid über die Einrichtung eines Nationalparks in der Egge“.

Die Ausweisung eines Nationalparks wurde von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Daher verfolge er die Planungen des NRW-Umweltministeriums zur Ausweisung möglicher Wildnisentwicklungsgebiete „sehr genau und habe in verschiedenen Formaten meinen deutlich ablehnenden Standpunkt hierzu klar gemacht“.

Dann kommt aber der eigentlich interessante Satz: „Jedoch sind die jetzt veröffentlichten Planungen des Lan-

des aus meiner Sicht ein tragfähiger Kompromiss, der auf bereits geschützte landeseigene Flächen setzt und gleich-

LZ vom
08.10.2026

Mehr Wildnis in der Egge

OWL-Naturschützer begrüßen die Erweiterung
um 450 Hektar. Sie äußern aber auch Kritik.

Kreis Lippe. Die Erweiterung der vorhandenen Wildnis-Entwicklungsgebiete im NRW-Staatswald in der Egge um 450 Hektar wird von der Bezirkskonferenz Natur OWL begrüßt. Der Zusammenschluss der OWL-Naturschützer sieht darin eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Situation, da bislang vereinzelt liegenden Teilflächen innerhalb des Waldes nun als durchgehende Flächen aus der forstlichen Nutzung genommen werden, heißt es in ihrer Pressemitteilung.

„Hier werden in Zukunft die Bäume ihr natürliches Alter erreichen können und natürliche Prozesse hoffentlich ungestört ablaufen können,“ betont Sprecher Karsten Otte. Solche Naturwälder würden neben dem Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten auch der Forschung und der Umweltbildung dienen. Zudem seien sie für Naherholung und Naturgenuss zugänglich.

„Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, um für eine zukunftsfähige ökologische Infrastruktur vorzusorgen“, fordert Karsten Otte. Weiterhin müsse es wenigstens eine zweite Tranche an Wildnisgebieten in NRW geben, denn das auch vom Land akzeptierte Ziel aus der Nationalen



Natürliche Prozesse sollen in dem Naturwald ungestört ablaufen.
Symbolbild: Pixabay

Biodiversitätsstrategie, zwei Prozent der Landesfläche aus der Nutzung zu nehmen, sei noch längst nicht umgesetzt. Derzeit habe das Land NRW davon nur ein Zehntel realisiert, heißt es in der Mitteilung.

Berücksichtigt werden bei der Berechnung nur arrundierte Flächen von 1000 Hektar aufwärts: „Hier scheint NRW die Chance verpasst zu haben, seinen Verpflichtungen wenigstens etwas näher zu kommen, denn ein zusammenhängendes Gebiet von mindestens 1000 Hektar Größe hat man nach bisherigem Diskussionsstand in der Egge wohl leider nicht erreichen können“, sagt Fritz Buhr von Pro Grün Pa-

derborn. Diese Größe sei aber notwendig, um einen ungestörten Lebensraum auch für störungsempfindliche und spezialisierte Populationen zu schaffen und allen Waldentwicklungsphasen auf gleicher Fläche Raum zu geben.

Die engagierten Naturfreunde in OWL machen keinen Hehl daraus, dass sie sich von der Wildnisinitiative des Landes mehr erhofft hatten. „Wenn 5000 Hektar Naturwald-Wildnis in NRW auf fünf Regierungsbezirke zu je 1000 Hektar verteilt werden, hat OWL leider nicht einmal die Hälfte bekommen“, so Karsten Otte für die Bezirkskonferenz Naturschutz OWL.